

## Nach der Wahl ist vor der Wahl

Inzwischen sind 6 Wochen seit den Wahlen zum Bundestag und zum Brandenburger Landtag vergangen und die Regierungen haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Erfreulich für OWUS – in der Brandenburger Landesregierung sitzen mit Ralf Christoffers und Helmuth Markov zwei Freunde und Mitglieder unseres Verbandes. Ralf Christoffers war mit einer der Gründer von OWUS und Helmuth Markov hielt uns auch während seiner Tätigkeit im Europäischen Parlament die Treue.

Der Bundeswahlleiter vermeldete in seiner Statistik zu den Wahlen, dass 7% der Wähler der Partei DIE LINKE Selbstständige sind, in Brandenburg waren bei der Landtagswahl 16% der Linkswähler selbstständig. Bundesweit haben also ca. 350.000 Gewerbetreibende, Freiberufler und Selbstständige für eine linke Politik im Bund gestimmt und in Brandenburg traten 65.000 dieser Berufsgruppe für eine starke Linksfraktion im Landtag ein. In unserem Glückwunschschreiben an die Berliner und Brandenburger Bundestagsabgeordneten der LINKEN sowie an die Abgeordneten in Potsdam haben wir zum Ausdruck gebracht, dass dieses Wahlergebnis uns gemeinsam verpflichten sollte, die Rolle der Selbstständigen als Wählerpotential der

Partei DIE LINKE verstärkt im Auge zu behalten. Gregor Gysi unterstrich in seinem Antwortschreiben »Wir werden versuchen, die Lage der kleineren und mittleren Unternehmerinnen und Unternehmer deutlicher in unserer Politik zum Ausdruck zu bringen.« Kerstin Kaiser antwortete uns »Gerne werden meine Fraktion und ich mit Euch weiterhin zusammenarbeiten und unterstützen.« Diese Worte nehmen wir gern entgegen und wollen sie mit Leben ausfüllen. Wir werden aber auch weiterhin bestimmte Aussagen aus den Fraktionen kritisch hinterfragen. In einem über die BAG Wirtschaftspolitik Ende Oktober verbreiteten Material von Axel Troost zu steuerpolitischen Maßnahmen findet sich zu möglichen Steuermehreinnahmen aus Sicht der LINKEN der Satz »Realistische Gewinnermittlung (Personengesellschaften, Freiberufler u. a.) 4 Mrd. €«. Auf meine Frage, wo denn im Moment die unrealistische Gewinnermittlung bei kleinen Unternehmern zu suchen sei, gab es bis zum Redaktionsschluss noch keine Antwort.

OWUS Berlin-Brandenburg tritt gemeinsam mit den Landesarbeitsgemeinschaften Linker UnternehmerInnen dafür ein, dass die besonderen Interessen der kleinsten und kleinen Unternehmen, die über 90% der Betriebe in den 27 EU-Ländern ausmachen, stärker in den Fokus der wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Vorschläge der Partei DIE LINKE gestellt werden. Dabei hoffen wir weiterhin auf die aktive Unterstützung auch unserer Mitglieder. Ebenfalls ein Ergebnis der Landtagswahlen in Brandenburg – unsere Geschäftsführerin Renate Vehlow hat nach 10 Jahren Arbeit für OWUS eine neue Beschäftigung für die Fraktion in Potsdam aufgenommen. Der Vorstand dankt Renate für ihre initiativreiche Arbeit bei der Entwicklung unserer Landesverbandes sowie auch des Dachverbandes. Die offizielle Verabschiedung erfolgt auf unserer Mitgliederversammlung. Liebe Renate – wir danken Dir und wünschen Dir für Deine neue Tätigkeit viel Erfolg.

*Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender des Vorstandes  
OWUS Berlin-Brandenburg*



Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung!

**OWUS**

Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittleren Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen

Gründungsvorsitzende, Prof. Dr. Christa Luft  
Vorsitzender, Dr. Diether Dehm

**350.000 Selbstständige haben links gewählt!**

**OWUS ist Eure Heimat!**

☎ (030) 24 00 95 63  
[www.owus.de](http://www.owus.de)

## Ein Neuer ...

Zum neuen Geschäftsführer im OWUS Berlin-Brandenburg e.V. wurde das langjährige OWUS-Mitglied Bernd Mewes berufen und in den Vorstand kooptiert. Er übernimmt zum 01.11.2009 diese Funktion. Zugleich verabschiedete der Vorstand die bisherige Geschäftsführerin Renate Vehlow, die nach 10 Jahren aktiver Arbeit für OWUS eine neue Tätigkeit bei der Landtagsfraktion der Linken in Potsdam aufnimmt.

Bernd Klaus-Peter Mewes wurde am 06.10.1951 in Berlin-Prenzlauer Berg geboren. Nach dem Besuch der 10-klassigen Polytechnischen Oberschule erlernte er den Beruf eines Baumaschinenschlossers. Nach seiner 3-jährigen Dienstzeit in der NVA nahm er 1974 seine Tätigkeit im VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin als Schlosser auf.

Nach verschiedenen Tätigkeiten in FDJ, SED und Gewerkschaft des Bau- und Montage Kombines IHB- Berlin war er von 1990 bis 1992 im Entwicklungs- und Musterbau der Konsumgenossenschaft Berlin tätig. Bevor er sich 1996, unter dem Namen DeCoMe-Service Werbung & Dekoration, selbstständig machte, war er von 1992–96 Geschäftsführer einer Werbefirma.

Seit 1994 ist Bernd Mewes Mitglied von OWUS und enga-



Foto: Frank Schwarz

giert sich im Landesverband Berlin-Brandenburg. Auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE zählte er zu den Initiatoren für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft Linker UnternehmerInnen in der Partei und ist z. Zt. einer der Sprecher der LAG Berlin.

Bernd ist Vater von vier Kindern, heute gehören zu seiner Familie sechs Kinder und fünf Enkel. Als Gründungsmitglied der FRIEDENSGLOCKENGESELLSCHAFT Berlin e.V., die sich für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzt, ist er heute als deren Vorsitzender ehrenamtlich tätig.

**aktuell**

**November**

**2009**

**15. Ausgabe**

### Inhalt:

Vergaberecht	2
OWUS Nordhausen	3
Tipps und Termine	4

### Gespräch in der Botschaft der Republik Belarus

Auf Initiative von Dr. Helmuth Markov fand am 12.11.2009 zwischen OWUS Berlin-Brandenburg und Vertretern der Botschaft der Republik Belarus ein Gespräch in der Vertretung statt. An dem Gespräch nahmen teil:

- Hr. Konstantin Chizhik, Botschaftsrat
- Hr. Kirill Dragun, 1. Sekretär und Ltr. der Konsularabteilung
- Hr. Dr. Vorsitzender Rolf Sukowski, OWUS Berlin-Brandenburg
- Hr. Bernd Mewes, Geschäftsführer OWUS Berlin-Brandenburg/Dachverband.

Den belarussischen Vertretern ging es in erster Linie um einen Informationsaustausch zur Nutzung von Windenergie, insbesondere hinsichtlich der vertraglichen Gestaltung zwischen dem Anwender und den jeweiligen Kommunen.

**Kammern horten  
Milliarden – bffk  
fordert Entlastung der  
Unternehmen durch  
Beitragssenkungen**

Der Bundesverband für freie Kammern ([www.bffk.de](http://www.bffk.de)) hat jüngst bei den deutschen Handwerks-, Industrie- und Handelskammern recherchiert, in welchem Maße Rücklagen und Rückstellungen gebildet wurden und werden. Dabei kam Interessantes zu Tage. Handwerkskammern veröffentlichen ihren Zahlen grundsätzlich nicht. Tatsächlich bringen sie es fertig, sogenannte »Geschäftsberichte« auf Hochglanz zu drucken, in denen zum Kammerhaushalt nicht eine einzige Zahl enthalten ist. Bei den Industrie- und Handelskammern sieht das anders aus. Für 44 der 80 Kammerbezirke konnte der bffk Zahlen ermitteln. Die durchschnittlichen Rücklagen und Rückstellungen je Kammerbezirk betragen hierbei zum 31.12.2008 rund 25 Millionen Euro. Der bffk hat nun für die 36 Kammerbezirke, die bisher ihre Zahlen nicht veröffentlicht haben einen Schnitt von vorsichtig 15 Millionen Euro zugrunde gelegt. Am Ende stehen bundesweit Rücklagen und Rückstellungen in Höhe von über 1,7 Milliarden Euro, die die IHKn aus den Beiträgen der Zwangsglieder gehört haben. Bei 55 Handwerkskammerbezirken muss man davon ausgehen, dass hier weitere etliche hundert Millionen Euro hinzugerechnet werden müssen. Zu den Spitzenreitern der IHKn gehört dabei die IHK Stuttgart mit rund 117 Millionen (davon alleine 64 Millionen nur für die Pensionen der leitenden Mitarbeiter). Bemerkenswert auch, dass die IHK Berlin in diesen für Unternehmen schwierigen Zeiten im Jahr 2009 ihre Rücklagen um sage und schreibe 13,8 Millionen Euro anheben möchte. Das entspricht mehr als 20 % der Gesamteinnahmen. Der bffk fordert konsequenterweise, dass die Kammern ihre Mitglieder durch Beitragssenkungen um mindestens 500 Millionen Euro entlasten sollen. Es kann nicht angehen, dass

*Fortsetzung in der  
Randspalte Seite 3*

**Herzlichen Glückwunsch**

Im Namen des Vorstandes von OWUS Berlin-Brandenburg e.V. gratulierte Dr. Rolf Sukowski dem Minister der Finanzen und stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Helmuth Markov und Ralf Christoffers, dem Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg zu ihrer Berufung. Als OWUS e.V. sind wir stolz darauf, dass Mitbegründer und jahrelange Mitglieder unseres Verbandes in diese hohe Funktion berufen wurde. Wir bekunden unsere Bereitschaft, soweit es in unseren Möglichkeiten liegt, Ihnen in dieser verantwortungsvollen Tätigkeit konstruktiv zu unterstützen. Wir sind zu einer umfassenden und offenen Zusammenarbeit bereit.

Am 12.11.09 wurde unser Dachverbandsvorsitzender Dr. Diether Dehm, (trotz vorheriger Einwände einer Gewerkschafterin, er sei »zu unternehmerfreundlich«) einmütig als mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag gewählt. Diether Dehm dazu: »Mit dieser neuen und bedeutenden Verantwortung hoffe ich, viel für die kleinen und mittleren Betriebe öffentlich und in der Partei tun zu können, um die endlich einsetzende politische Absetzbewegung der kleinen und mittelständischen Unternehmer/innen aus dem ideologischen Flottenverband der Konzerne und Großbanken weiter zu verstärken – von links!« Wir gratulieren ihm herzlich und wünschen uns mit dieser Verstärkung gemeinsam viel Erfolg!

**Diskussion um das Brandenburger  
Vergaberecht**

Unter Beteiligung von OWUS fand am 24. Oktober 2009 ein Kommunalpolitischer Tag zum Thema Vergaberecht im Brandenburger Landtag statt. Rund 50 Personen folgten der Einladung des Kommunalpolitischen Forums Brandenburg, darunter auch eine deutliche Zahl von Unternehmerinnen und Unternehmern. Schließlich ging es um Aufträge, speziell die öffentlichen. Bei diesen soll nach dem Willen der Koalitionsparteien künftig ein Mindestlohn gefordert werden. Zudem wird bis Mitte 2010 geprüft, ob die Erleichterungen für Vergaben des Landes und der Kommunen beibehalten werden können. Die Abgeordneten Margitta Mächtig und Thomas Domres brachten die Positionen der LINKEN im Brandenburger Landtag auf den Punkt. »DIE LINKE steht für eine Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe« mit einem Vergaberecht, dass den Kommunen Rechtssicherheit geben soll und das wirtschaftlichste, nicht das billigste Angebot in den Mittelpunkt stellt. Tarifrechtliche Entlohnung mit gesetzlichen Untergrenzen und einer Nachunternehmerklausel gehören ebenso wie Ausbildungs- und Frauenförderung dazu, um mit den ca. 2 Mrd. Euro jährlichem öffentlichen Auftragsvolumen die kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken und »Wettbewerbsgerechtigkeit« herzustellen. Uwe Richter, Sprecher der LAG Linke UnternehmerInnen Brandenburg verwies auf die Praxis einiger Brandenburger Gemeinden, sich selbst ein Vergaberecht zu schaffen und ab bestimmten Auftragsvolumen den Gemeinderat über den Auftrag abstimmen zu lassen. Als Referent stellte unser Berlin-Brandenburger Vorstandmitglied Robert Gadegast

die Anforderungen an das Vergaberecht aus der Sicht der kleinen und mittelständischen Unternehmen von OWUS dar. Im Mittelpunkt müssen dabei einfache und transparente Regeln stehen, ein fairer Umgang mit Subunternehmen öffentlicher Auftragnehmer gewährleistet und die Losgrößen auch für kleine Unternehmen stemmbar werden. Auf reges Interesse stieß sein Vorschlag, in den Bieterverfahren Material und Lohnkosten ebenso wie den Einsatz von Subunternehmern getrennt ausweisen zu lassen, um Konkurrenz durch Dumpinglöhne leichter zu erkennen. Stoff zur Diskussionen gaben der Bericht über den Stand des Berliner Vergabegesetzes von Malte Krückels, dem persönlichen Mitarbeiter von Harald Wolf und die Ausführungen des Berlin-Lichtenberger Wirtschaftsstadtrats, Dr. Andreas Prüfer, der über mögliche Hürden aus Sicht der Verwaltung referierte. Diskussionsbedarf zeichnete sich auch bei der Frage ab, ob die durch das Konjunkturpaket II vorübergehend eingeführten Schwellenwerterhöhungen für die freihändige Vergabe und die beschränkte Ausschreibung weiterhin beibehalten werden sollen. Ein allgemeiner Konsens dagegen herrscht zur Position, dass Wettbewerb um öffentliche Aufträge nicht auf Kosten der Löhne erfolgen darf. Als Zielsetzungen für ein Brandenburger Vergaberecht stehen neben der gesetzlichen Lohnuntergrenze die Lesbarkeit und Transparenz, die Reduzierung bürokratischer Hemmnisse und die Teilung der Aufträge in kleine, von KMU realisierbare Lose im Mittelpunkt. OWUS wird den Gesetzgebungsprozess, der von weiteren Gesprächsrunden geprägt sein wird, aktiv begleiten. *Martin Paech*

**»Ich vermisse Weitsicht in der Krise«**

**Ansichten und Einsichten eine Ex-Bankers**

Er hat noch immer ein Büro im Haus der Deutschen Bank in Berlin. Am 27. August 2009 war er auf Einladung der Buchhaus Suhl OHG und des OWUS-Thüringen e.V. in Suhl. Er ist Edgar Most, Jahrgang 1940, geboren in Tiefenort. Über 50 Jahre lang war Edgar Most im Geldgewerbe tätig – in Ost und West. Aus dieser Erfahrung wuchs sein Glaube an einen dritten Weg. Aus Anlass der Veröffentlichung seines Buches »50 Jahre im Auftrag des Kapitals« hatten die Buchhaus Suhl OHG und der OWUS-Thüringen e.V. den gebürtigen Südtüringer zu einer Veranstaltung nach Suhl eingeladen. Und annähernd 180 Menschen kamen um

Edgar Most zuzuhören. Darunter etliche ehemalige MitarbeiterInnen der Staatsbank der DDR, deren Vizepräsident und Beauftragter für den Bezirk Suhl Edgar Most unter anderem war – und auch der Deutschen Kreditbank AG, deren Gründung unmittelbar mit Edgar Most verbunden ist. In seinem fast zweistündigen Vortrag würdigte Edgar Most ausgehend von den ungleichen wirtschaftlichen Startbedingungen nach dem 2. Weltkrieg die wirtschaftlichen Leistungen der Ostdeutschen. Er räumte mit dem Vorurteil auf, dass die DDR 1989/1990 pleite gewesen sei. Etliche westliche Nationen seien sogar bereit gewesen, der DDR Kredite zu gewähren. Kein Grund also die Lebens-

leistungen der Ostdeutschen geringer zu bewerten als die der Westdeutschen. Die Geschichte der DDR sei bei weitem noch nicht geschrieben, nannte Edgar Most eine seiner Motivationen zu seinem Buch. Er ermunterte dazu, dass auch andere seinem Beispiel folgen sollten, z.B. Kombinatdirektoren, damit die Geschichte der DDR nicht eines Tages von Außenstehenden womöglich aus Unkenntnis verfälscht erzählt wird.

Hart ging Edgar Most mit den Fehlern der Wendezeit ins Gericht. Hier hätte man Vieles anders machen können – insbesondere sanieren vor privatisieren. Er kennzeichnete dies als falschen Kapitalismus.

Die derzeitige Krise müsse auch als Chance begriffen werden, Fehler der Vergangenheit zu beheben und vor allem neue Wege zu gehen. Hier erwarte er mehr von den Parteien. Sie griffen das Problem, den unkontrollierten Fluss des Geldes, seine Entkopplung von der Realwirtschaft, nicht entschieden genug an. Oder gar nicht. Er entwickelte seine – manchmal radikalen – Vorstellungen von dem, was getan werden sollte. Investitionen in Logistik statt in Abwrackprämie. Keine Rettungsmilliarden für marode

Landesbanken – solange Kleinanleger dabei nicht geschädigt werden. Der Staat sei als erstes für den Bürger da und danach für private Kapitalgeber. Er soll Verantwortung für das Funktionieren der Wirtschaft und damit der Gesellschaft übernehmen. So müsse die Daseinsvorsorge wieder unter staatliche Kontrolle kommen. Mosts Vorschlag dazu u. a. die Teilverstaatlichung z. B. der Stromkonzerne, Verkleinerung der Zahl der Wasserzweckverbände.

Es war wohlthuend, dass Edgar Most trotz seiner Erfahrungen weder den Politikverdrossenen das Wort redet noch den Jammerton der Opferlämmer anschlägt. Er sagte: »Es liegt an uns« und riet, nie zu vergessen wo man herkommt. Am Ende der Veranstaltung nutzten viele Zuhörer die Gelegenheit, sich das Buch signieren zu lassen und mit Edgar Most ins persönliche Gespräch zu kommen.

Unser Fazit als OWUS-Thüringen e.V.: Es war eine gelungene Veranstaltung, die vielleicht eine Fortsetzung finden sollte und die Buchhaus Suhl OHG war ein guter Partner in Vorbereitung und Durchführung.

Gerd Beck, Vorsitzender OWUS-Thüringen e.V.

## Österreichisches Fernsehen bei linken Unternehmern in Nordhausen



Die Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen, besonders das gute Abschneiden der Partei »Die Linke«, wirken selbst über die Alpen hinweg. So interessierte sich das Auslandsmagazin »Weltjournal« von ORF 2 dafür, ob es auch in der Linkspartei Unternehmer gibt und wie sich linke Wirtschaftspolitik aus Sicht der Unternehmer darstellt. Am Mittwoch dem 9. September, konnten sich dann die Journalisten des ORF in Nordhausen selbst ein Bild machen von linker Wirtschaftspolitik und dem Wirken des linken Wirtschaftsverbandes OWUS Thüringen e.V.. Sie besuch-

ten einen Metallbaubetrieb und ein Versicherungsunternehmen und kamen mit Unternehmern von OWUS und dem Linken-Unternehmer-Stamm-Tisch L.U.S.T Nordhausen ins Gespräch. Linke Wirtschaftspolitik, das wurde in den Gesprächen klar, richtet sich nicht nur an Arbeitnehmer, sondern auch an die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in Thüringen. Die linken UnternehmerInnen wünschen sich genauso einen Politikwechsel in Thüringen wie die Mehrheit der Wähler. Die linken UnternehmerInnen sind für flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne, wollen eine bessere Förderpolitik des Landes, ein gerechteres Steuersystem, welches nicht nur Großkonzerne und Aktionäre bevorteilt. Sie haben kein Verständnis dafür, dass für »Abzocker-Banken« Milliarden ausgegeben werden, aber die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Arbeitsplätze erhalten, die ausbilden und Binnenkaufkraft schaffen »vergessen« werden.

**Fazit: Soziale Gerechtigkeit und Unternehmertum müssen kein Widerspruch sein!**

Detlef Hauthal, Stellv. Vors. OWUS Thüringen

## Die Reisegruppe

Tadshikische Jugendliche erhielten Gelegenheit zu einer Bildungsreise nach Deutschland. Über mein persönliches Netzwerk wurde mir der Auftrag für eine Stadtführung in Dresden »zugespielt«. Die Person, die mir das vermittelte, ist zwar mit einer linken Grundhaltung ausgestattet, hat aber weder mit OWUS noch mit linken Unternehmern auch nur im Entferntesten etwas zu tun. Sie stellte nur den Kontakt zu dem Verein her, der die jungen Tadshiken während ihres Aufenthaltes hier betreut. Daß die Vorsitzende auch eine Linke ist, war mir bekannt. Meine linke Zeitung las sie schon früher gern. Daß sie aber OWUS-Mitglied ist, wenn auch in einem anderen Bundesland – das erfuhr ich erst, als ich mich ausführlicher vorstellte. So hatten zwei OWUS-Mitglieder zueinander gefunden – schön außen herum, weil die OWUS-internen Verbindungswege für ge-



schäftliche Dinge offensichtlich unpassierbar sind. Sie werden oft nicht einmal in Betracht gezogen. Hier könnte man etwas machen. Wer aber ist »man«?

Reinhard Heinrich

die organisierte Wirtschaft den hochverschuldeten Staat zu Steuersenkungen auffordert und gleichzeitig die gut gefüllten eigenen Geldspeicher mit den Zwangsbeiträgen weiter auffüllen will.

## Krankengeld für Selbstständige jetzt wieder in der gesetzlichen Krankenversicherung

Seit dem 1. Januar 2009 war für Selbstständige, die freiwillig in der gesetzlichen KV versichert waren, der Krankengeldschutz weggefallen. Über einen Wahltarif oder eine private Versicherung musste sich jeder Selbstständige eine Zusatzversicherung besorgen. Mit Wirkung ab dem 1. August 2009 wird der Ausschluss wieder rückgängig gemacht. Danach stellt sich die Rechtslage wie folgt dar: Der übliche Anspruch der Krankengeldzahlung ab der 7. Woche wird wieder gesetzlich eingeführt. Der Krankenversicherungsbeitrag bleibt hier bei dem allgemeinen Beitragssatz von 14,9%. Als Option besteht auch die Möglichkeit, bei der gesetzlichen KV einen ermäßigten Beitragssatz (14,3%) unter Ausschluss des Krankengeldes zu wählen. Die Krankengeldabsicherung kann so weiterhin über eine private Versicherung erfolgen oder unterbleiben. Die gesetzlichen Krankenkassen bieten darüber hinaus auch Wahltarife an, bei denen der Krankengeldbezug bzw. sein Beginn individuell abweichen kann. Die Änderung ist im Rahmen einer Neufassung des Arzneimittelgesetzes am 10. Juli 2009 vom Bundesrat verabschiedet worden. Am 22. Juli 2009 erfolgte die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt.

gerd.beck@etl.de

## Sächsischer OWUS-Stammtisch

Mit Prof. Dr. Herbert Schui (MdB) wurde kontrovers die Frage diskutiert, ob sich DIE LINKE nur auf Arbeitnehmerrechte und Hartz IV Klientel konzentrieren sollte.

# Termine Betriebsausgabe oder Privatvergnügen

## Beiträge für Praxisausfallversicherung können beides sein

28. November, 10.30 Uhr

Beratung der AG  
Wirtschaftspolitik  
Ort: Seminarraum 2  
im Bürohaus ND,  
Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin

19. Dezember, 11.00 Uhr

Delegiertenversammlung der  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
LINKER Unternehmerinnen  
und Unternehmer (BAG LiU)  
Ort: Konferenzraum 1,  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

19. Dezember, 15.00 Uhr

Dachverbandkonferenz  
(Mitgliederversammlung – Wahl)  
OWUS Dachverband e.V.  
Ort: Konferenzraum 3,  
Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

26. Februar 2010, 15.00 Uhr

Verbandkonferenz  
(Mitgliederversammlung – Wahl)  
OWUS Berlin-Brandenburg e.V.  
Ort: Versammlungsraum  
im Bürohaus ND,  
Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin



Freiberufler und Einzelunternehmer, bei denen die persönliche Arbeitsleistung entscheidend ist, schließen häufig eine Praxisausfallversicherung ab. Sie ersetzt die entgangenen Betriebseinnahmen bei unfallbedingter Arbeitsunfähigkeit, Wasser-, Brand-, Sturmschäden oder ordnungsbehördlichen Betriebsschließungen (z. B.

Quarantäne). Ob die Versicherungsbeiträge für eine Praxisausfallversicherung Betriebsausgaben sind oder als private Kosten steuerlich (nahezu) unberücksichtigt bleiben, haben nun die Finanzrichter entschieden.

### Krankheitsrisiko ist privat veranlasst

Das Finanzgericht urteilte: Sofern die Gefahr von krankheits- oder unfallbedingten Vermögenseinbußen versichert wird, sind die Beiträge privat veranlasst. Das Risiko zu erkranken oder Opfer eines Unfalls zu werden liegt – mit Ausnahme von Berufskrankheiten – im außerbetrieblichen persönlichen Bereich. Die Versicherungsbeiträge sind daher keine Betriebsausgaben. Sie können allenfalls als Sonderausgaben bei der Einkommensteuererklärung berücksichtigt werden. In den meisten Fällen sind die Höchstgrenzen für die abziehbaren Vorsorgeaufwendungen bereits ausgeschöpft, so dass die Beiträge aus privatem Vermögen entrichtet werden müssen. Das einzig Positive dabei, tritt ein Schadenfall ein, werden die Versicherungsleistungen nicht versteuert.

### Risiko der Quarantäne ist betrieblich veranlasst

Das Risiko einer behördlichen Schließung ist dagegen betrieblich veranlasst, da hierbei der Praxis- oder Geschäftsbetrieb zum Schutz der Kunden oder Patienten nicht mehr aufrecht erhalten wird. Die Versicherungsbeiträge sind daher als Betriebsausgaben abziehbar. Allerdings müssen ausgezahlte Versicherungsleistungen als Betriebseinnahmen versteuert werden.

### Kombinationsversicherungen teilweise als Betriebsausgaben abziehbar

Mit einer Praxisausfallversicherung kann gleichzeitig die Gefahr einer Erkrankung und einer Quarantäne versichert werden. Damit wird Versicherungsschutz gegen ein privates und ein betriebliches Risiko gewährt. Die gezahlten Prämien sind deshalb teilweise als Betriebsausgaben abziehbar.

### Tipp

Beim Abschluss einer Praxisausfallversicherung sollte auf jeden Fall darauf geachtet werden, dass die Prämienanteile für die verschiedenen abgesicherten Risiken einzeln ausgewiesen sind. Damit lassen sich unnötige Diskussionen mit den Finanzbehörden über die Höhe der abziehbaren Betriebsausgaben und mögliche Nachversteuerungen vermeiden.

gerd.beck@etl.de, Quelle: ETL SteuerRecht GmbH

## Mehr Netto vom Brutto

### Abzug von Versicherungsbeiträgen wird reformiert

Krankenversicherungsbeiträge werden ab 2010 in höherem Maße steuerlich abzugsfähig. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die bisherige Regelung für verfassungswidrig hielt. Es hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis spätestens Januar 2010 eine verfassungskonforme Neuregelung zu schaffen.

### So sieht der Sonderausgabenabzug ab 2010 aus:

- Krankenversicherungsbeiträge (KV-Beiträge) sind in unbegrenzter Höhe abziehbar, soweit sie auf eine Basisversorgung entfallen.
- Der Beitragsanteil für ein Krankengeld sowie Komfortleistungen, sind aus den KV-Beiträgen herauszurechnen
- Pflegepflichtversicherungsbeiträge (PV-Beiträge) sind in unbegrenzter Höhe abziehbar
- Beiträge zur Altersvorsorge sind wie bisher abziehbar
- Sonstige Versicherungsbeiträge, wie z. B. Haftpflichtversicherungen, sind nur abziehbar, wenn sie zusammen mit den KV- und PV-Beiträgen die Summe von 1.900 EUR (bei Arbeitnehmern) bzw. 2.800 EUR (bei Unternehmern) nicht überschreiten.

### Beispiel

Ein Selbstständiger zahlt jährlich 4.800 EUR in seine private Krankenversicherung. Darin sind Komfortleistungen wie Einbettzimmer und Chefarztbehandlung von 10 % enthalten. Daneben zahlt er 300 EUR für eine Pflegepflichtversicherung und 300 EUR in eine Haftpflichtversicherung.

Beiträge zur Krankenversicherung	4.800 EUR
Beiträge zur Pflegepflichtversicherung	300 EUR
sonstige Vorsorgeaufwendungen (Haftpflichtversicherung)	<u>300 EUR</u>
<b>Summe</b>	<b>5.400 EUR</b>

Abzugsfähig unter Berücksichtigung der sonstigen Versicherungsbeiträge max. 2.800 EUR

Mindestens abzugsfähig	
KV-Beitrag	4.800 EUR
abzüglich Komfortanteil 10 %	<u>480 EUR</u>
verbleibt	4.320 EUR
PV-Beitrag	<u>300 EUR</u>
<b>Summe</b>	<b>4.620 EUR</b>

abzugsfähig ist der höhere Betrag, also 4.620 EUR

Da die KV- und PV-Beiträge in unbegrenzter Höhe abziehbar sind, wird der höhere Betrag von 4.620 EUR abgezogen. Allerdings wirken sich in diesem Fall die sonstigen Versicherungsbeiträge nicht mehr aus.

Damit es im Einzelfall nicht zu einer Schlechterstellung eines Steuerzahlers kommt, werden die alte und neue Rechtslage miteinander verglichen und der höhere Abzugsbetrag angesetzt.

Mit dem Bürgerentlastungsgesetz wird auch ein weiterer Schritt ins elektronische Zeitalter gewagt. Nur wer seiner Krankenversicherung erlaubt, die Versicherungsbeiträge elektronisch an das Finanzamt zu übermitteln, kann die Beiträge ab 2010 von der Steuer absetzen.

gerd.beck@etl.de

## Impressum

**Herausgeber:** OWUS e.V.,  
Vi.S.d.P.: Bernd Mewes

**Redaktion:** R. Vehlow, Dr.  
R. Sukowski, Bernd Mewes

**Geschäftsstelle:**  
Weydinger Straße 14–16  
10178 Berlin

Fon: 030 - 4 21 62 80

Fax: 030 - 4 21 62 79

kontakt@owus.de

**Satz / Layout / Druck:**

typgerecht berlin

Schönhauser Allee 36

KulturBrauerei Haus 1

10435 Berlin

Fon: 030 - 48 49 62 43

**Fotos:** Renate Vehlow

**Redaktionsschluss:** 24.11.09

Zuschriften können bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.